

Wahlprüfsteine auf dem Prüfstand

Werner Schulz, geb. 1950 in Zwickau, ist Dipl. Ing. für Umwelthygiene. Er ist Mitbegründer des Neuen Forum und war dessen Vertreter am zentralen Runden Tisch. Von März bis zum Oktober 1990 war er Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Grüne in der Volkskammer, seit dem Beitritt der DDR ist er Mitglied des Bundestages.

Trotz der erkennbaren Bemühungen, die politische Situation „Deutschland einig Vaterland“ zu berücksichtigen, werden die Wahlprüfsteine des DGB den aktuellen Notwendigkeiten und Chancen nicht voll gerecht. Insgesamt wirkt der Forderungskatalog wie eine Bestandsaufnahme verlorener Auseinandersetzungen oder wie die Fortschreibung bekannter gewerkschaftlicher Forderungen. Leider werden die wirtschaftlichen Vorgänge um den sozialen und ökologischen Zustand in den neuen Bundesländern nur ungenau analysiert. Deswegen fehlen wichtige Probleme und Schlußfolgerungen.

Wirtschaftsentwicklung, Solidarität und soziale Gerechtigkeit

Durch die überstürzte Einführung der DM wurde gegen den Rat vieler Fachleute den Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben der ehemaligen DDR keine Chance zur Umstellung auf die Marktwirtschaft gelassen. Sie wurden im Juli 1990 rücksichtslos den rauen Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz ausgeliefert. Viele durchaus leistungsfähige Betriebe sind daran zerbrochen.

Die Anwendung ökonomischer Gewalt hat die neuen Bundesländer in eine tiefe wirtschaftliche und soziale Krise geführt und große Teile der Bevölkerung eher von Westdeutschland entfremdet als ihm näher gebracht. Infolge

fehlender Wirtschaftskonzepte und durch die Mitwirkung korrupter Altkader der SED-Wirtschaftsbürokratie sind Schäden in Milliardenhöhe und der Zusammenbruch ganzer Wirtschaftsbereiche entstanden. Die ostdeutschen Bürgerinnen sind erstmalig mit Massenarbeitslosigkeit und dem Verlust sozialer Sicherheit konfrontiert. In den Ländern der ehemaligen BRD wird unter Verweis auf die Kosten der Vereinigung der Abbau von Arbeitnehmerrechten in der ehemaligen DDR ins Kalkül gezogen. Die Versprechung von Arbeitsplätzen in einem neuen Mittelstand erweist sich als Trugschluß. Handwerks- und Mittelstandsentwicklung zeigen eher ab- als aufwärts. Rentable Unternehmen wie Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGHs) wurden grundlos, wegen Unwissenheit und ideologischer Voreingenommenheit aufgelöst. Ebenso wenig wie Arbeitslosigkeit und zunehmende Armut als Preis für materiellen Wohlstand und profitierende Konzerne annehmbar sind, kann hingegenommen werden, daß die neuen Bundesländer zum Aschenputtel der Nation werden und daß die dort lebenden Menschen für erheblich weniger Geld arbeiten müssen und auf Dauer schlechtere Arbeitsplätze und Arbeitsrechte haben.

Die Bekämpfung der Armut und die Bewältigung der heraufziehenden sozialen Krise in den Ost-Bundesländern müssen deshalb zu einer wichtigen Aufgabe der nächsten Regierung und des gesamtdeutschen Parlaments gemacht werden. Darum ist die künftige Finanz- und Wirtschaftspolitik so auszurichten, daß alle finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen dem Abbau des regionalen Wirtschaftsgefälles in Industrie und Landwirtschaft in einem vereinten Deutschland dienen. Im einzelnen richten sich unsere Anstrengungen auf folgende Maßnahmen:

1. Finanzhilfen zur Umstrukturierung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern sowie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur Umschulung und Qualifizierung von Arbeitnehmern und Unternehmern sowie zur Instandsetzung und zum Neubau von Wohnungen.
2. Die weitgehende Streichung der Schulden der ehemaligen DDR-Betriebe. In der alten Planwirtschaft mußten die Gewinne an den Staat abgeführt und Investitionen über Kredite finanziert werden. Verbleibende Restschulden aus solchen Verbindlichkeiten sollten differenziert umbewertet und ihre Tilgung muß sinnvoll terminiert werden.
3. Eine klare Abgrenzung, welcher Anteil der ehemals „volkseigenen Betriebe“ durch Veräußerung zur Finanzierung der aus der Währungsunion entstehenden Kosten (Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe, Investitionshilfen und zeitlich begrenzte Subventionen) zur Verfügung stehen soll.
4. Grund und Boden sowie volkseigene Wohnungen sollen nicht in den Verkauf zur Strukturanpassung und Haushaltssanierung einbezogen werden.
5. Zur breiten Vermögensstreuung sollen alle Bürgerinnen der ehemaligen DDR einklagbare Anteilsrechte am Volkseigentum der DDR erhalten. Beleg-

schaften erhalten durch besondere Anteilsrechte die Möglichkeit, Eigentum an ihren Betrieben zu erwerben und so demokratische Mitbestimmungsmodelle zu verwirklichen.

6. Um der absehbaren sozialen Notlage vieler Menschen, insbesondere von Frauen zu begegnen, ist die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung und einer dynamisch angepaßten Mindestrente erforderlich.

7. Es sind vielfältige sozial und ökologisch sinnvolle Arbeitsförderungsmaßnahmen, Umschulungs- sowie Bildungsangebote zu schaffen, die Frauen und Männern in gleicher Weise zugänglich sein müssen (Quotierung). Frauen werden eher und länger arbeitslos sein als Männer. Für alleinerziehende Mütter und Väter und ihre Kinder bedeutet das existentielle Not. Wir fordern daher einen besonderen Kündigungsschutz und Vorrang bei der Arbeitsvermittlung und Schulung für Alleinerziehende. Darüber hinaus bedarf es einer generellen Frauenförderung in der Ausbildung und Qualifizierung. Ein bedarfsdeckendes und vielfältiges Angebot an Kinderkrippen und Kindergärten zu erschwinglichen Gebühren muß selbstverständlich sein.

8. Die fortschrittliche Gesetzgebung der DDR, bezogen auf die Pflege kranker Kinder (Elternpflegeurlaub bis 8 Wochen) soll für das gesamte Bundesgebiet übernommen werden.

9. Eine Dezentralisierung der Energieerzeugung und Stromverteilung ist notwendig zur Überwindung der bisherigen und zur Vermeidung einer neuen Fehlentwicklung in der Energieversorgung. Der mit den westdeutschen Energiekonzernen abgeschlossene Stromvertrag vereitelt diese Chance und widerspricht der von der Volkskammer beschlossenen Kommunalverfassung und dem Kommunalvermögensgesetz.

10. Der fortbestehenden Strukturschwäche der Ost-Bundesländer sollte auf gesamtdeutscher Ebene durch einen west-östlichen Lastenausgleich im Rahmen eines ökologisch orientierten Strukturförderungsplanes begegnet werden.

11. Zur Finanzierung des bundesdeutschen Solidarbeitrages schlagen wir vor: deutliche Verringerung der Rüstungsausgaben, volle Besteuerung der Zinseinkünfte mittels Kontrollmitteilung, Solidarabgabe für Bezieher höherer Einkommen. Berücksichtigt werden müssen wachstumsbedingte Steuermehreinnahmen des Bundes, ein Teil des Bundesbankgewinnes sowie Kosteneinsparungen durch die Überwindung der deutschen Teilung.

12. Eine ideologiefreie Bestandsaufnahme der Wirtschaft der neuen Bundesländer und ihrer Schwierigkeiten, um die Integration in die Marktwirtschaft zu erleichtern und vernünftig zu gestalten. Die großen Chancen einer qualitativen Neugestaltung wurden bisher nicht wahrgenommen. Stattdessen sollen die Bürgerinnen der ehemaligen DDR schon im voraus einen schwerwiegenden und angeblich notwendigen Preis für den Wohlstand entrichten, nämlich einen sprunghaften Anstieg von Arbeitslosen, Autos und Müll. Alle

drei Phänomene - und andere ließen sich hinzufügen - treffen auf dafür unvorbereitete Strukturen. Und wo es interessante Einrichtungen gibt, werden sie nicht wahrgenommen oder gar aufgelöst. Die Unvernunft auf die Spitze treibend wird zum Beispiel auf dem Gebiet der Müllentsorgung eine vorbildlich organisierte Sekundärrohstoffwirtschaft zerstört, anstatt sie für Gesamtdeutschland auszubauen. Die Hebung des materiellen Wohlstandes und die Ablösung der bisherigen Mangelwirtschaft führen nicht automatisch zur Verhinderung des ökologischen Notstandes. Nur der konsequente Umbau der Industriegesellschaft beschreibt den Ausweg. Wichtiger denn je wird der Ausweis eines Ökosozialproduktes anstelle des üblichen Bruttosozialproduktes, um so den Verlust an Umweltqualität zu erfassen. Die Verseuchung von Boden, Wasser und Luft muß gestoppt und bestehende Schäden müssen kompensiert werden. Doch ökologische Politik geht weiter, sie setzt an den Wurzeln, an der Giftentstehung selbst an. Dies kann nur durch Veränderung der bislang üblichen Produktion, durch Förderung von abfallarmen und -freien Technologien erreicht werden.

Emanzipation und Selbstbestimmungsrecht der Frau

Bisher ökonomisch weitgehend unabhängig, sehen nun auch Frauen in den Ost-Bundesländern sozialen Schwierigkeiten entgegen. Deshalb kommt es darauf an, Bedingungen zu schaffen, durch die Frauen ihr Recht auf selbstgewählte, individuelle Entwicklung wahrnehmen können, was den Abbau einengender Rollenzuschreibungen für Frauen und Männer notwendig einschließt. Mit Maßnahmen wie Quotierung, Arbeitszeitverkürzung und Freistellungsansprüche für Erziehende wollen wir Frauen und Männern den gleichen Zugang zu bezahlter Erwerbstätigkeit garantieren und eine gleiche Verantwortlichkeit für Haus- und Familienarbeit erreichen. Dazu ist es unter anderem notwendig, daß Förderungsprogramme und Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen realisiert und daß die geschlechtstypische Ausbildung und Berufsausrichtung abgebaut werden. Ein öffentlich gefördertes, bedarfsdeckendes und vielfältiges Netz von Kinderbetreuungsangeboten muß selbstverständlich sein. Wir stehen für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, das wir auch in einer neuen gesamtdeutschen Verfassung verankert sehen wollen. Wir lehnen strafrechtliche Sanktionen im Zusammenhang mit Abtreibung ab. In der vergrößerten Bundesrepublik darf es keine Regelung geben, die hinter die derzeitige Regelung in den Ost-Bundesländern, also einer Fristenlösung ohne Zwangsberatung, zurückfällt. Wir wollen ein gesamtdeutsches Frauen-votum zur Frage des Schwangerschaftsabbruches.

Verfassungsdiskussion

Eine gesamtdeutsche Verfassungsdiskussion ist erst durch die gewaltlosen Veränderungen im Osten Deutschlands möglich geworden. Unsere Auffassung dazu ist im Verfassungsentwurf des Runden Tisches niedergelegt. Dieser Entwurf ist mit dem bewährten Grundgesetz kompatibel und sollte berück-

sichtigt werden. Wichtig ist uns, daß der neue deutsche Staat die zum allgemeinen Menschenrecht gehörenden Grundrechte auf Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, auf Arbeit, Wohnung, Bildung und medizinische Betreuung als Staatsziele anstrebt. In die Verfassung aufgenommen werden sollten ein Aussperrungsverbot in nicht bestreikten Betrieben und Elemente einer direkten Demokratie. Nach ihrer Erarbeitung und Diskussion sollte die Verfassung vom deutschen Volk in einer Volksabstimmung beschlossen werden.